

Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verlage monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reudenbürg Zwieselberg Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Haberts & Co. Wildbad; Vorheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 2174 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 40 mm breite Zeilenbreite 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 2 Pf.; im Textteil die 50 mm breite Zeilenbreite 12 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 3 Uhr vormittags. — In Kontoforderungen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, ist jede Nachzahlungswahrung ausgeschlossen. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 54, Tel. 479. — Wohnung: Villa Habertus

Wirtschaft der Woche

Verlängerung des deutsch-amerikanischen Handels- und Schiffsverkehrs-Vertrages — Deutschland in der Einfuhr Polens an erster Stelle — Handelspolitische Bedeutung der deutschen Agrarpolitik — Weltwirtschaftliche Gesellschaft für Neubelebung des Welthandels — Der französische Franc auf der Schaukel — Danzig wehrt sich gegen Guldenabwanderung — Holländische Regierung gegen Abwertung — Fusion der preussischen Zechen — Neuordnung des deutschen Handwerks

Die abgelaufene Woche hat die Verlängerung des deutsch-amerikanischen Handels- und Schiffsverkehrs-Vertrages, der auf Grund der deutschen Kündigung Mitte Oktober dieses Jahres abgelaufen sein würde, gebracht. Die Kündigung ist seinerzeit erfolgt, weil sich der deutsche Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten nicht in einer für die deutsche Wirtschaft günstigen Weise entwickelte. Der Vertrag enthält keine gegenseitigen Zollbindungen sondern er legt lediglich fest, daß die Behandlung der Wareneinfuhr auf beiden Seiten nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung erfolgen solle. Bei der jetzt erfolgten Verlängerung hat man diese Klausel, die sich angesichts der veränderten wirtschaftlichen Gesamtlage als unzumutbar erwies, aus dem Vertrage entfernt. Beide Länder sind also nunmehr in der Behandlung der Einfuhr des anderen völlig autonom. Es liegt nahe, daß deutscherseits bereits die Bereitwilligkeit erklärt wurde, neue Grundlagen für eine Regelung des gegenseitigen Warenverkehrs zu finden. Auf jeden Fall aber ist es zunächst mit Genugtuung zu verzeichnen, daß die übrigen Bestimmungen des Vertragswertes erhalten bleiben.

Die Handelsbeziehung zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarn Polen zeigen eine günstige Entwicklung. Die Einfuhr Polens aus Deutschland, die bereits 1934 eine gewisse Besserung zeigte, steigt. Der deutsche Anteil an der polnischen Gesamteinfuhr ist im ersten Vierteljahr 1935 auf 14,4 Prozent gegenüber 10,9 Prozent in der gleichen Zeit des Vorjahres gestiegen. Das bedeutet, daß Deutschland wieder an die erste Stelle der Lieferanten Polens gerückt ist. Von der Steigerung haben namentlich die folgenden Industrien profitiert: Maschinen, Apparate, Elektrogeräte, Instrumente, Präzisionswerkzeuge, Chemikalien, Farben, hochwertige Metallwaren, Papier. Die Mehreinfuhr Polens an diesen Erzeugnissen ist zum großen Teil Deutschland zugute gekommen. Man wird darin einen Erfolg des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom März 1934 und des Kompensationsabkommens vom Oktober 1934 erblicken dürfen.

In einer Zeit, in der die zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen noch immer in einer früher undorstellbaren Weise durch allenthalben künstliche Hemmungen gebremst werden, sind derartige Erfolge der deutschen Handelspolitik mit Befriedigung zu verzeichnen. Die utopischen Vorstellungen derer, die sich den deutschen Raum schon als geschlossenen Handelsstaat denken zu können glauben, sind inzwischen auch von einer Seite zurückgewiesen worden, auf die man sich berufen zu können meinte. Reichsminister Darré hat auf der Hamburger Reichsnährstands-Schau vor dem ausländischen Konsularcorps eine Rede gehalten, in der er den Sinn der neuen deutschen Agrarpolitik, gekennzeichnet durch die Neuordnung einerseits, die Erzeugungsrichtung andererseits, in ihrer handelspolitischen Bedeutung auseinandersetzt. Er wies die Annahme zurück, daß damit gewissermaßen der deutsche Markt für ausländische Agrarprodukte gesperrt wäre, hob aber hervor, daß die strikte staatliche Beherrschung des deutschen Marktes die Möglichkeit gäbe, einer wachsenden Einfuhr zu begegnen und sie auf die gleichzeitige Abnahme deutscher Industrieerzeugnisse abzustellen, in diesem Falle aber sie auch zu gewährleisten.

Im übrigen haben die Verhandlungen auf der Stuttgarter Tagung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft gezeigt, mit welchem Ernst und mit welcher Gründlichkeit man sich bei uns gerade mit den Problemen der Weltwirtschaft beschäftigt. Der Weltmarkt in seiner Gesamtheit ist auf ein Drittel seines ursprünglichen Umfangs zusammengeschrumpft. Gouverneur i. R. Schnee, der Präsident der Gesellschaft, betonte in seiner einleitenden Rede, daß eine Belebung des Welthandels unter allen Umständen ein wirtschaftliches Glück für alle Nationen darstellen würde. Ohne eine ausreichende Außenwirtschaft könne auch eine volle Gesundung der deutschen Nationalwirtschaft nicht erreicht werden. Er fand übrigens mit seinen Ausführungen, die ein Bekenntnis Deutschlands zum friedlichen Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Völker bedeuteten, auch die Zustimmung hervorragender ausländischer Teilnehmer an der Tagung. So führte der Präsident der internationalen Handelskammer, Fentener van Blissingen, der sich namentlich für eine Verfeinerung der Arbeitsteilung zwischen den Völkern einsetzte, aus, eine Einschränkung der Weltwirtschaft könne niemals zusammen-

gehen mit einer erhöhten Wohlfahrt der Völker. Im übrigen sah er eine notwendige Voraussetzung für eine Belebung des Welthandels in der Rückkehr zu stabilen, international brauchbaren Währungen.

Das Beispiel, das in diesem Augenblick Frankreich vorerzogen, läßt allerdings Zweifel daran als berechtigt erscheinen, daß wir diesem Ziel schon nahe sind. Die Wertlosigkeit der innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs, aus denen nur allzu lange vergeblich auf dem Wege der üblichen parlamentarischen Methoden ein Ausweg gesucht wurde, haben den Franken in den letzten acht Tagen bald hinauf, bald hinab getrieben. Und parallel zu der Bewegung der Währungskurve ging ein Auf und Ab der Börsennotierungen für Renten und Aktien je nachdem, ob man nach der Konstellation der Stunde an eine Rettung des Franken glaubte oder nicht, stiegen die Renten oder fielen sie. Und die Aktienkurse bewegten sich jeweils in umgekehrter Richtung.

In Danzig, das vor kurzem eine Angleichung des Guldenkurses an den polnischen Zloty vornehmen mußte, haben unverantwortliche Gerüchte über eine angeblich beabsichtigte neue Guldenabwertung zu drastischen Abwehrmaßnahmen des Senats geführt. Es sind Bankfeiertage eingeleitet worden und die Sparfassen wurden angewiesen, Abhebungen von Guthaben nur unter Beachtung ihrer seit jeher geltenden, aber bisher nicht streng durchgeführten Geschäftsbedingungen zuzulassen. Es ist zu hoffen, daß dadurch der Abwanderung aus dem Gulden in den Zloty, wie sie einige Tage lang zu beobachten war, Einhalt getan werden ist.

Auch Holland, das die Angriffe der internationalen Spekulation gegen seine Währung vor einigen Wochen mit Erfolg abzuwehren vermochte, hat sich wegen der im Kabinett herrschenden Meinungsverschiedenheiten über die zu befolgende Währungspolitik noch einmal mit diesen Problemen beschäftigen müssen. Der Wirtschaftsminister Steenberghe lehnte sich für eine Abwertung des holländischen Guldens ein, fand dafür aber nicht die Zustimmung der übrigen Regierungsmitglieder. Er hat daraus die Konsequenz seines Rücktritts ziehen müssen.

Auf innerwirtschaftlichem Gebiet ist in Deutschland die vor einigen Tagen vollzogene Fusion der preussischen Zechen Hibernia und Bergwerks-AG, Reddinghausen zu erwähnen. Der preussische Staat hat durch seine Holding-Gesellschaft, die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG, sämtliche in seiner Hand befindlichen Aktien der Hibernia auf Reddinghausen übertragen und dadurch die Einheit zwischen den beiden Gesellschaften, die er immer schon als notwendig ansah, auch in rechtlicher Form hergestellt. Die jetzt vollzogene Fusion ist nur die notwendige Folge davon.

Im Handwerk ist die seit längerem im Gange befindliche Neuordnung jetzt durchgeführt. 350 Landes- und Bezirksverbände wurden überflüssig. Es bestehen künftig nur noch 51 Reichsinnungsverbände, die klar nach dem Führergrundsatz und der Tatsache aufgebaut sind.

Kabinett Laval gebildet

Paris, 7. Juni. Am Freitag früh 3 Uhr hat Ministerpräsident Laval sein Kabinett gebildet, das sich wie folgt zusammensetzt:

Ministerpräsident u. Auswärtiges: Laval (Senator, parteilos),
Staatsminister: Herriot (Abg., Radikalsozialist),
Marin (Abg., Republikanische Vereinigung),

Kurze Tagesübersicht

Laval ist es gelungen, in der Nacht zum Freitag ein französisches Kabinett zu bilden, das sich am Freitagabend der Kammer mit einer kurzen Regierungserklärung vorstellte. Das Ermächtigungsgesetz in gemilderter Form wurde sofort beraten.

Die Regierungsumbildung in London wurde am Freitag vollzogen und brachte keinerlei Ueberraschungen.

Der sowjetrussische Terror wird durch neue Todesurteile gegen deutsche Bauern und Pfarrer bestätigt.

Im englischen Unterhaus sprach Lord Eden zum italienisch-abelnischen Konflikt.

Die deutsch-englischen Flottenbesprechungen nahmen einen befriedigenden Verlauf und werden nach Pfingsten fortgesetzt.

Flandin (Abg., Linkerepublikaner),
Justiz: Berard (Senator, Richtung Marin),
Kriegsminister: Oberst Fabry (Abg., Mittelrepublikaner der Richtung Tardieu und Vorsitzender des Heeresauschusses der Kammer),
Kriegsmarine: Pictet (Abg., Linkerepublikaner),
Luftfahrt: General Denain,
Handel: Bonnet (Abg., Radikalsozialist),
Finanzen: Marcel Regnier (Senator, Radikalsozialist),
Unterricht: Marcombes (Abg., Radikalsozialist),
Öffentliche Arbeiten: Lorent-Eynac (Abg., Radikalsoz.),
Kolonten: Kollin (Abg., Radikalsozialist),
Handelsmarine: Roustan (Senator, Radikalsozialist),
Arbeitsminister: Frossard (Abg., früherer Altsozialist),
Pensionen: Maupoil (Abg., Radikalsozialist),
Landwirtschaft: Cathala (Abg., Radikale Linke), der gleichzeitig die elsaß-lothringischen Angelegenheiten mitverwalten wird,
Öffentl. Gesundheitswesen: Lafont (Abg., Neufsozialist),
Postminister: Mandel (Abg., unabhängig).

Das Kabinett Laval ist das dritte, das der bei keiner Partei eingeschriebene Senator gebildet hat. Seine erste Regierung leitete er als Ministerpräsident nach dem Sturz des Kabinetts Steeg vom Januar bis Juni 1931. Als im Juni dieses Jahres Doumer zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, überbrachte Laval, dem in Frankreich geltenden Brauch entsprechend, dem neuen Staatsoberhaupt den Rücktritt seiner Regierung. Laval wurde erlucht, weiter im Amte zu bleiben, und konnte sein zweites Kabinett bis zum 16. Februar 1932 durch allenthalb innerpolitische Klippen hindurchsteuern, bis ihn bei einer Interpellationsdebatte im Senat das Schicksal ereilte. Seitdem hat Laval fast ununterbrochen seinen Ministerposten inne. Das Außenamt übernahm er nach dem Tode Barthous im Oktober 1934. Laval ist von Beruf Rechtsanwalt. Er steht im 52. Lebensjahre.

Das jetzt gebildete Kabinett Laval ist das 99. der dritten Republik und das 10. der gegenwärtigen Legislaturperiode. Es besteht aus vier Senatoren und 16 Abgeordneten. 13 Minister gehörten bereits der kurzlebigen Regierung Bouisson an. Neu eingetreten sind Flandin, Berard, Fabry, Bonnet, Regnier, Marcombes, Maupoil und der erst nachträglich zum Unterstaatssekretär berufene Blaiot (Richtung Marin), der die ursprünglich dem Landwirtschaftsminister Cathala zugeordnete Vertretung der elsaß-lothringischen Angelegenheiten übernimmt.

Von den neuen, in das Kabinett eingetretenen Persönlichkeiten beansprucht der Finanzminister Regnier wegen der bekannten finanziellen und währungspolitischen Schwierigkeiten Frankreichs ein besonderes Interesse. Regnier ist kein unbekannter Politiker. Von Beruf Rechtsanwalt und viele Jahre journalistisch tätig gewesen, wurde er 1903 in die Kammer und 1920 in den Senat gewählt. 1932 wurde er Präsident des Senatskomitees der autonomen Amortisationsklasse. Im Kabinett Flandin hat er den Posten des Innenministers bekleidet und in dieser Eigenschaft eine viel beachtete Besichtigungsreise nach Algerien und Tunis durchgeföhrt, um im Auftrag der Regierung die dortigen trübsamen Zustände zu untersuchen. Regnier gehört der Radikalsozialistischen Partei an. Er steht im 67. Lebensjahre.

Ein markanter Kopf der neuen Regierung ist der Kriegsminister Fabry. Von Beruf Offizier, war er 1916 und 1917 im Großen Hauptquartier ein Mitarbeiter des Marschalls Joffre. Seit 1919 gehört er der Kammer an. Unter Poincaré und Francois Marjal verwaltete er das Kolonialministerium. Dem zweiten Kabinett Daladier gehörte er als Minister der Landesverteidigung an, bis die blutigen Februar-Ereignisse 1934 ihn mit dem Kabinett zum Rücktritt veranlaßten. Er steht der Gruppe Tardieu nahe und hat als Vorsitzender des Heeresauschusses der Kammer in Wort und Schrift für eine starke Heerespolitik geworben.

Der neue Unterrichtsminister Marcombes ist Radikalsozialist. Von Beruf Arzt, hat er als Unterstaatssekretär in vielen linksgerichteten Kabinetten mitgearbeitet. Er zählt 58 Jahre.

Der neue Justizminister Léon Berard ist eine als Rechtswissenschaftler und Gelehrter bekannte Persönlichkeit. Früher hindurch war er der Sekretär Poincarés. Er war bereits öfter Unterrichts- und Justizminister und gehört der Academie francaise an. Berard steht im 59. Lebensjahr.

Ein unbeschriebenes Blatt ist der Pensionsminister Maupoil, der von Beruf Weinbesitzer ist. Er wurde 1924 zum erstenmal in die Kammer gewählt. Er ist 44 Jahre alt und bei den Radikalsozialisten eingeschrieben.

Handelsminister Bonnet, geboren 1889, ist als Parlamentarier und Minister schon öfter hervorgetreten. Er ist überzeugter Radikalsozialist und hat verschiedenen Regierungen des Linkslagers als Handels- oder Finanzminister angehört.



Erklärung Lavals

Paris, 7. Juni. „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Erklärung: Die Art der Vollmachten, die ich beantrage, erlaubt es mir, nach meinen Besprechungen mit den erschienenen politischen Gruppen und besonders den Sozialradikalen, auf eine breite Mehrheit zu rechnen, die sich der Notwendigkeit bewußt ist, umfangreiche Einsparungen vorzunehmen. Nur wenn die Regierung eine scharfe Deflation durchführt, kann sie die Finanzen heilen. Die Opfer, die die Gemeinschaft wird bringen müssen, werden weniger drückend und besser verteilt sein als die Opfer, die zwangsläufig mit einer Währungsnotlage verbunden sind. Die „Regierung der um Handel bereiten Vereinigung“, die ich gebildet habe, ist entschlossen, alles ins Werk zu setzen, um die Spekulation gegen den Franc zu brechen und unsere Währung zu retten. In diesem Sinne wünschen die meisten Blätter Laval Erfolg.

Die Regierungserklärung Lavals

Paris, 7. Juni. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Laval am Freitagabend in der Kammer und Justizminister Berard im Senat verlesen hatte, lautet:

Unsere Regierung ist gebildet worden, um gegen die Spekulation zu kämpfen und den Franc zu verteidigen. Wir haben, indem wir dem Ruf des Staatsoberhauptes entsprochen, unsere Pflicht getan. Jetzt brauchen wir die Mittel zum Handeln. Das Parlament wird sie uns geben, indem es unverzüglich den vorliegenden Gesetzentwurf verabschiedet. Die Vollmachten, die wir beantragen, achten das organische und politische Statut des Landes. Sie gewährleisten unter außergewöhnlichen Umständen das Heil unserer Einrichtungen. Das Parlament kennt diese Verfahrensweise, denn es hat ihr in weniger unruhigen Zeiten freiwillig zugestimmt. Sie werden ebenso wie wir das nationale Erbe verteidigen wollen. Der Stand der Staatsfinanzen ist die einzige Drohung, die auf dem Franc lastet. Der Goldbestand müßte, wie jeder weiß, ausreichen, um den Franc unantastbar zu machen. Nur das Vorhandensein eines allzu drückenden Haushaltsdefizites, das die Schatzkammer erschöpft und die Sparer beunruhigt, würde schließlich die Währung treffen, wenn Sie nicht durch ein sofortiges Handeln Ihren festen Willen kundgeben, die Unterwürigkeit des Staates zu achten und die Währung restlos zu behaupten.

Es wird aber nicht genügen, die Ausgaben einzuschränken, wir werden zu einer Wiederherstellung der nationalen Wirtschaft insgesamt schreiten müssen. Das ist das wahre Ziel. Die Arbeiter des Landes müssen sich unterstützt und geschützt fühlen, man muß der Landbevölkerung, den Kaufleuten und den Industriellen den Absatz ihrer Erzeugnisse gewährleisten, man muß den internationalen Austausch geschmeidiger gestalten, man muß die Bande, die das Mutterland mit seinem Reich in Uebereinstimmung, vervielfältigen und enger schließen, man muß wirksam weiter gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen, man muß der Jugend die Verwendung ihrer Fähigkeiten und ihres Betätigungsdranges ermöglichen, man muß, kurz gesagt, einem jeden die Möglichkeit geben, in einer erneuten Wirtschaft zu arbeiten und das gerechte Entgelt für seine Arbeit zu finden. Dies ist ein umfangreiches Gebiet, auf dem die Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung sich bewähren muß.

Frankreich hat schon schlimmere Prüfungen durchgemacht. Es hat diese Prüfungen durch einen Mut und durch eine Einigkeit zu überwinden gewußt, von der die ehemaligen Frontkämpfer das prächtige Beispiel gegeben haben. Angesichts der Gefahr ist es eine Tradition unseres Landes, der gegenüber Sie nicht versagen werden. Die ganze Welt hat die Augen auf uns gerichtet; Sie werden nicht zulassen, daß unser Ansehen geschmälert wird. Unsere Außenpolitik der Sicherheit und des Friedens, deren Beständigkeit jeder anerkennt und die Sie klugerweise gebilligt haben, könnten nur in Frage gestellt werden, wenn Sie den Anschein erwecken, als ob Sie sie aufgeben, und das werden Sie nicht wollen.

Erster Sieg Lavals in der Kammer

Die Vertagung der Interpellationen, die Laval unter Stellung der Vertrauensfrage beantragt hat, ist, nachdem der Sozialist Déat dagegen Stellung genommen hatte, von der Kammer mit 412 gegen 137 Stimmen beschloffen worden. In später Nachtstunde wurde das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Das französische Ermächtigungsgesetz

Paris, 7. Juni. Der einzige Artikel des Ermächtigungsgesetzesentwurfes, den die Regierung am Freitagabend eingebracht hat, lautet: „Um eine Entwertung der Währung zu vermeiden, ermächtigen Senat und Kammer die Regierung, bis zum 31. Oktober 1935 auf dem Verordnungswege alle Maßnahmen mit Gesetzeskraft zur Bekämpfung der Spekulation und zur Verteidigung des Franc zu ergreifen. Diese Verordnungen, die vom Ministerrat beschloffen werden, werden vor dem 1. Januar 1936 dem Parlament zur Ratifizierung unterbreitet.“

Dr. Schacht auf der internationalen Wollkonferenz

Berlin, 7. Juni. Die 11. internationale Wollkonferenz, die am 6. und 7. Juni in Berlin tagt, wurde in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Delegierter von dem Vorsitzenden der internationalen Wollvereinigung, Maurice Dubrulle, eröffnet. Reichsbankpräsident Dr. Schacht überbrachte aufragsgemäß die Grüße des Führers und Reichszanlers, der infolge seiner Abwesenheit von Berlin zu seinem Bedauern verhindert sei, die Delegation der internationalen Wollvereinigung zu empfangen. Namens des Führers und der Reichsregierung wünschte Dr. Schacht der Konferenz einen erfolgreichen Verlauf.

Dr. Schacht fuhr fort: Es sei üblich, bei Gelegenheiten wie der vorliegenden, eine wohlüberlegte und wohltemperierte Begrüßungsansprache zu halten. Er möchte heute hiervon absehen und einmal als ehemaliger Kaufmann zu den Teilnehmern der Konferenz sprechen. Denn die erfolgreiche Führung der privaten Wirtschaft sei die Vorbedingung jeder Volkswirtschaft. Politik und Politiker könnten nur leben, wenn die Wirtschaft gesund sei. Dr. Schacht verwies auf die ungeheure Verwirrung und Unsicherheit, die in allen Ländern in die Wirtschaft hineingetragen worden sei durch die politischen Fehler der Vergangenheit. Internationale politische Konferenzen hätten ebenso abgewirtschaftet wie die internationalen volkswirtschaftlichen Konferenzen. Deshalb seien Tagungen der Privatwirtschaftler, die an der Aufrechterhaltung und Wiederbelebung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen direkt interessiert

seien, vielleicht ein geeignetes Mittel, um wieder zur Vernunft zurückzuführen. Er appellierte an die Delegierten, sich für die internationale wirtschaftliche Arbeit der beteiligten Länder einzusetzen und damit das ihrige zur Beseitigung der Wollkrise beizutragen. Dr. Schacht verwies darauf, daß internationaler Güteraustausch ohne Inanspruchnahme von Vertrauen und Kredit nicht möglich sei. Die übermäßige internationale politische Verschuldung, die ein Ueberbleibsel des Krieges sei und die die Unmöglichkeit ihrer Bezahlung praktisch erwiesen habe, verhindere das Wiedergangkommen der internationalen Kreditwirtschaft und damit des normalen Güteraustausches. Wie ein vernünftiger Kaufmann seinem unverschuldeten in Not geratenen ehrenhaften Schuldner Hilfe zur Wiederherstellung seiner Existenz und damit zur Verbesserung seiner Zahlungsfähigkeit angedeihen lasse, so müsse auch in den internationalen Schuldenbeziehungen verfahren werden. Das internationale politische Schuldengedäude müsse abgetragen werden, bevor der internationale Handel wieder in Gang kommen könne. Man bewege sich zur Zeit in einem circulus vitiosus, in dem man Schuldforderungen einzutreiben sucht, die nur bei blühendem Geschäft bezahlt werden könnten, während andererseits das Ausblühen der Geschäfte durch dieses Schuldgedäude selbst verhindert werde.

Dr. Schacht wies dann darauf hin, daß die Teilnehmer der Konferenz sicherlich neben ihren beruflichen Fragen, die sie bei der Konferenz zu behandeln gedächten, auch den Wunsch hätten, das neue Deutschland kennenzulernen. Sicherlich würden sie auch an dem neuen Deutschland diese und jene Mängel bemerken, wie es auch vor dem Kriege hier und bei jedem anderen Staatswesen der Fall gewesen sei, aber eine große Wandlung sei in Deutschland zu bemerken, es herrsche ein einheitlicher Wille von der obersten bis zur untersten Stelle, und dieser Wille sei darauf gerichtet, durch die Störungen seitens der internationalen Politik nicht auch das innere Wirtschaftsgebäude zerstören zu lassen. Deutschland müsse sich mit dem Außenhandel so recht und so schlecht wie möglich abfinden, aber es richte sich im Innern so ein, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt werde und Ruhe und Ordnung in der Wirtschaft herrsche. Seit zweieinhalb Jahren werde ununterbrochen in den Auslandsblättern der bevorstehende wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands verkündet. Dr. Schacht könne nur feststellen, daß alle diese Voraussagen nicht eingetreten seien und auch nicht eintreten würden. Das innere deutsche Wirtschaftsgebäude schneide bei einem Vergleich mit zahlreichen anderen Staaten heute nur gut ab.

Die Frage, die Dr. Schacht an die Welt gestellt habe, sei die, ob man ein 66-Millionen-Volk von hoher Lebensführung als Verbraucher entbehren wolle oder nicht. Es habe sich gezeigt, daß die Welt, soweit sie wirtschaftlich denke, diesen Markt nicht zu verlieren wünsche. Die Reichsregierung wünsche die deutsche Wirtschaft, ihre Konsumkraft und das deutsche kaufmännische Empfinden für eine bessere Zukunft intakt zu erhalten und den Wert internationaler kaufmännischer Beziehungen zu demonstrieren. Denn ewig würden die Fehler der bisherigen Politik nicht dauern, die Wölter verlangten zurück zum normalen Austausch von Waren und Leistungen, auf dem allein die Zivilisation beruhe. Dieser Wille der Wölter zu fruchtbringender Arbeit sei es, der ihn, so fuhr Dr. Schacht fort, mit einem unzerstörbaren Optimismus erfüllte. Aufgabe der Wirtschaftler sei es, diese Gedanken, jeder in seinem Kreise, zu verbreiten und damit beizutragen, daß endlich aus dem heutigen Wirrwarr wieder ein geregelter internationaler Warenaustausch entstehe.

Russische Blutjustiz

Erziehung deutschstämmiger Bauern in Sowjetrußland
Berlin, 7. Juni. Vor wenigen Tagen ist der deutschstämmige Bauer Michael Röhrich aus dem Dorf Straßburg, Bezirk Odeßa, durch Erschießen hingerichtet worden. Mit ihm sollen vier weitere Verhaftete, darunter der deutschstämmige Bauer Simon Sebastian Klein erschossen worden sein. Röhrich, Vater von sieben Kindern, ist ebenso wie Klein katholischen Glaubens. Er wurde nach Mitteilung in einer Sonderausgabe der Sowjetzeitung „Kollektiv-Wirtschaft“ vom 5. Januar 1935 als Hitler-Agent zum Tode verurteilt, weil er „über 500 Lügenbriefe an falschistische Organisationen in Deutschland, Polen, der Schweiz und andere“ geschrieben habe, in denen er um Hilfe bat.

Wie festgestellt werden konnte, hat die neunköpfige Familie Röhrich in der Zeit von Januar bis Mai 1934, also noch während der mit Kenntnis der Sowjetregierung verlaufenden Hilfsaktion „Brüder in Not“ zusammen sechs Geldüberweisungen aus Deutschland über insgesamt 49,90 RM, auf dem sowjetamtlichen Torgin-Weg erhalten. Simon Sebastian Klein wurde nach der Sowjetzeitung „Neues Dorf“ vom 18. Dezember 1934 in Landau, Bezirk Odeßa, zum Tode verurteilt und zwar als „Agent falschistischer Organisationen in Deutschland und Litauen“, der süßenhafte Bettelbriefe nach dem Auslande geschrieben habe. Obwohl Klein im März 1935 zu sieben Jahren Gefängnis begnadigt worden war, muß leider angenommen werden, daß er nun trotzdem erschossen worden ist. Klein hat aus Deutschland und der Schweiz je eine Torgin-Überweisung von insgesamt 18,40 RM erhalten und zwar im März und Mai 1934. Das beklagenswerte Schicksal der beiden deutschstämmigen Bauern ist ein erneuter Beweis dafür, daß vor den sog. Torgin-Sendungen nach Rußland nicht dringend genug gewarnt werden kann.

Bluturteil gegen protestantische Pfarrer

Genf, 7. Juni. Das „Journal de Geneve“, das kürzlich über sowjetrussische Todesurteile gegen die Pastoren Seib und Deutschmann berichtet hatte, erfährt, daß der Pastor Simon Kludt in Nowonikolajewsk — ein Vater von neun Kindern — am 17. oder 18. Mai gleichfalls zum Tode verurteilt worden ist. Andererseits ist der Pfarrverweiger der protestantischen St. Anna-Kirche in Leningrad, Oskar Wilhelm Simon in Strelna am 17. Mai verhaftet und seine Kirche, die ein wichtiges Zentrum des Protestantismus bildete, geschlossen worden.

Neue Ritz-Liste

Im Reichsanzeiger werden jetzt wieder einige Entscheidungen aufgrund des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole veröffentlicht. In fünf Fällen werden Gebrauchsgegenstände, auf denen die nationalen Symbole in fittschaffter Weise zur Anwendung gelangten, für unzulässig erklärt. Es handelt sich um Postkarten mit allerlei „Sinnsprüchen“, um Briefbogen mit aufgedruckten Hakenkreuzen usw. Ebenfalls für unzulässig erklärt wurde auch eine nach Art der Rühlerfiguren anzubringende rote Blechschleife, die beim Drehen ein schwarzes Hakenkreuz auf weißem Grunde zeigt. Die Tatsache, daß diesmal nur fünf Entscheidungen vorliegen, beweist, daß Industrie und Gewerbe bemüht sind, fittschaffte Darstellungen zu vermeiden.

Der Führer in Nürnberg

Nürnberg, 7. Juni. Der Führer und Reichszanler traf in Begleitung des Reichspressechefs, SS-Obergruppenführer Dr. Dietrich, und des Brigadeführers Schaub am Donnerstagabend zu kurzem Aufenthalt in Nürnberg ein, um sich persönlich von dem Fortschritt der Arbeit an den Bauten für den Reichsparteitag zu überzeugen. Noch am Abend besichtigte der Führer gemeinsam mit Gauleiter Julius Streicher das im Umbau befindliche Opernhaus und anschließend das Atelier des Architektens Ruff, die Entwürfe und das Modell für die große Kongresshalle. Am Freitag vormittag begab sich der Führer noch in das Reichsparteitags-Gelände und verließ dann gegen Mittag wieder Nürnberg.

Beileid des Führers

Berlin, 7. Juni. Der Führer und Reichszanler hat an die Witwe des verstorbenen Generalobersten von Einsingen folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„An dem schweren Verlust, den Sie durch das Ableben Ihres Herrn Gemahls, des Generalobersten von Einsingen, erlitten haben, nehme ich und mit mir das ganze deutsche Volk aufrichtigen Anteil. Der Name von Einsingen wird als der eines der großen deutschen Heerführer des Weltkrieges in der Geschichte weiterleben. In dankbarer Anerkennung der großen Verdienste, die sich der Verstorbene im Frieden und Krieg erworben hat, habe ich für seine Beileidung Staatsbegräbnis angeordnet.“



Weltbild (M).

Generaloberst von Einsingen ist am 5. Juni gestorben

Gute Entwicklung der Reichsteuereinnahmen im April 1935

Berlin, 7. Juni. Das Auskommen an Steuern, Zöllen und Abgaben hat sich auch im April 1935, dem ersten Monat des neuen Rechnungsjahres 1935, gut entwickelt. Die Einnahmen bei den Besitz- und Verkehrssteuern betragen 394,0 gegen 325,4 Millionen im April 1934 und bei Zöllen und Verbrauchssteuern 290,9 gegen 269,6 Mill. RM. Insgesamt wurden also im Berichtsmontat 684,9 Mill. RM. gegen 595,0 Mill. RM. im entsprechenden Vorjahresmonat vereinnahmt. Laufende Zahlungen und Vorauszahlungen waren im April 1935 nach den gleichen Vorschriften fällig wie im April 1934. Bei den Vorauszahlungen handelt es sich um die Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer.

Ferner waren im April auch die Zölle aus den vierteljährlichen Zollagerabrechnungen zu entrichten. Das gesamte Auskommen-Mehr im April 1935 gegenüber April 1934 beträgt 86,9 Mill. RM. Besonders gut entwickelten sich nach wie vor diejenigen Steuern, in denen sich der Aufschwung der Wirtschaft widerspiegelt, wie Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Umsatzsteuer, die Wechselsteuer und vor allem die Güterförderungssteuer. Das Auskommen an Lohnsteuern betrug 108,0 Mill. RM. gegen 64,5 Mill. RM. im April 1934 und 60,5 Mill. RM. im April 1933. Bei dem Auskommen an Lohnsteuern im April 1935 ist zu berücksichtigen, daß mit Wirkung ab 1. Januar 1935 die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe und die Ehestandshilfe in die Einkommensteuer eingebaut sind, und daß ab Januar 1935 monatlich 12,5 Millionen RM. aus dem Einkommen an Einkommensteuern dem Sondervermögen zur Gewährung von Ehestandshilfen zuzuführen sind. Außerdem muß die Änderung im Erhebungsverfahren bei den großen Gehaltsempfängern beachtet werden. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn (die Lohnsteuer) betrug bis zum Schluß des Kalenderjahres 1934 ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens 10 v. H. Der Tatsache, daß bei großen Einkommen der Steuerabzug wesentlich höher war, wurde nur durch vierteljährliche Barvorauszahlungen und durch eine Abschlußzahlung entsprochen. Im neuen Einkommensteuertarif ist jedoch der Satz für die Lohnsteuer durchgestrichelt bis zu 15 v. H., was führt bei großen Gehaltsempfängern zu entsprechend höherem Steuerabzug vom Arbeitslohn und zu entsprechend niedrigeren Barvorauszahlungen und Abschlußzahlungen. Die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer entwickelten sich nach wie vor gut. An Zöllen sind im April 1935 0,9 Mill. RM. mehr aufkommen als im April 1934 und 28,6 Mill. RM. mehr als im April 1933.

Weitere 41 Ausbürgerungen aus Groß-Berlin

Berlin, 7. Juni. Der Polizeipräsident von Berlin gibt, wie das RdZ. meldet, eine weitere Liste von Personen bekannt, die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 die preussische Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben haben und deren Einbürgerung gemäß dem Reichsgesetz vom 14. Juli 1933 über den Widerruf von Einbürgerungen rückgängig gemacht worden ist. Es handelt sich fast ausschließlich um Nichtarier, die aus östlichen Gebieten in der genannten Zeit nach Berlin eingewandert sind.

Eisenbahnzug entgleist — 20 Leichtverletzte

Breslau, 7. Juni. Der Zug 150 Glatz-Breslau ist am 7. Juni um 14.52 Uhr bei der Einfahrt im Bahnhof Wagnern mit Lokomotive, Packwagen und sechs Personenwagen entgleist. 20 Personen wurden leicht verletzt, darunter der Zugführer, ein Schaffner und ein Streifenbeamter. Die Verletzten konnten ihre Reise fortsetzen. Der Materialschaden ist erheblich.

Greuelmörder in Danzig festgenommen

Danzig, 7. Juni. Der Danziger politischen Polizei ist es gelungen, den Berliner Korrespondenten des „Neuen Wiener Tagblatts“, Edward Penkalla, anfänglich einer Gastrolle in Danzig als Greuelmörder schleimster Art zu entlarven und festzunehmen. Der 32jährige Penkalla ist südslawischer Staatsbürger.



gehöriger; er ist mit einer holländischen Adin verheiratet. Seit 1931 ist er Berliner Korrespondent des Neuen Wiener Tagblatts.

Am 3. Juni wurde Penkalla von dem Chefredakteur des Neuen Wiener Tagblatts, Voebel, von Wien aus angerufen und aufgefordert, sofort nach Danzig zu fahren und von dort aus für das Blatt Berichte zu liefern, da die Lage in Danzig „sehr sehr interessant sei“. Bereits am 3. Juni nachmittags gab er einen Bericht telefonisch nach Wien durch, obwohl er erst am Morgen dieses Tages in Danzig eingetroffen war und keinerlei Sachkenntnis von den schwierigen Danziger Fragen hatte. Dieser Bericht, der am 6. Juni unter der Überschrift „Umschwung in Danzig“ im Neuen Wiener Tagblatt veröffentlicht wurde, stellte die Lage in Danzig so dar, als wenn sowohl die Regierung wie auch die NSDAP unmittelbar vor dem Zusammenbruch ständen, obwohl sich erst vor zwei Monaten die Danziger Wähler mit 60 Prozent zur NSDAP bekundeten und obwohl anlässlich der Durchfahrt von Teilnehmern an der ostpreussischen VDA-Tagung von allen Danziger Häusern die Forderungen der nationalsozialistischen Bewegung wehten. In weiteren „Informationen“, die Penkalla telefonisch seiner Wiener Redaktion durchgab, hat er ferner in der üblichsten Weise den Präsidenten des Danziger Senats und andere führende Danziger Persönlichkeiten persönlich verunglimpft.

Der Kabinettswechsel in England

London, 7. Juni. England stand am Freitag im Zeichen der Kabinettsumbildung. Ramsay MacDonald tritt nach genau sechsjähriger ununterbrochener Amtstätigkeit als Ministerpräsident von der Führung der nationalen Regierung zurück und räumt seinen Platz dem Führer der konservativen Partei, Stanley Baldwin, ein. Die Umbesetzungen sind so vorgenommen worden, daß der Charakter der „Nationalen“, d. h. alle Parteistromungen umfassenden Regierung, gewahrt bleibt. Die wichtigste Aenderung besteht darin, daß ein Konservativer anstatt eines Arbeiterparteilers an die Spitze der Nation tritt.

Die gesamte Morgenpresse veröffentlicht bereits vollständige Kabinettslisten, die in allen Punkten übereinstimmen und mit einigen wenigen Ausnahmen den bisherigen Voraussetzungen entsprechen. Als neuer Kriegsminister wird jetzt Lord Halifax, der bisherige Kultusminister, genannt. Der bisherige Vordirektorbewahrer Eden wird voraussichtlich zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt und dadurch Mitglied des Kabinetts werden. Er wird seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt fortsetzen und sich wie bisher hauptsächlich mit Völkerbundsfragen befassen. Der bisherige Luftfahrtminister, Lord Londonderry, wird Führer des Oberhauses und erhält, wie die Presse meldet, gleichzeitig den Rang des Vordirektorbewahrers.

Befriedigender Verlauf der deutsch-englischen Flottenbesprechungen

London, 7. Juni. Die deutsch-englischen Flottenbesprechungen haben bisher einen befriedigenden Verlauf genommen. Im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehenden Feiertage ist damit zu rechnen, daß die Besprechungen in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Der Flottenkorrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die Besprechungen bereits eine beträchtliche Strecke vorbereiteter Arbeit zurückgelegt hätten. Die Annahme, daß die Grundlage für eine Verständigung schon vorhanden sei, wäre verfrüht. Aber andererseits bestünde gegenwärtig keine Ursache, einen toten Punkt zu befürchten. In zuständigen Kreisen wird der rein prüfende Charakter der Verhandlungen besonders stark betont. Unter keinen Umständen könnten sie zu einem deutsch-englischen Flottenpakt irgend welcher Art führen. Ein solches Abkommen müsse, falls es sich als durchführbar erweisen sollte, notwendigerweise alle anderen Mächte umfassen, die Partner anderer Flottenverträge sind.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ meint, obwohl die Minister versuchten, das Beste aus den Aussichten für die deutsch-englischen Flottenbesprechungen zu machen, ließen Anzeichen erkennen, daß eine Einigung in manchen Punkten schwer zu finden sein werde. Die deutschen Vertreter hätten es klargemacht, daß Deutschland eine Tonnage von 35 v. H. der britischen Flotte als Minimum fordere und nicht als ein Maximum, das durch zukünftige Verhandlungen reduziert werden könnte. Dies veranlasse die Regierung, die Stärkung der englischen Flotte sorgfältig zu erwägen, die durch Einsparungen in der Vergangenheit beträchtlich geschwächt worden ist.

Ein englisches Flugzeug in Baden-Baden abgestürzt

Baden-Baden, 7. Juni. Von sieben englischen Flugzeugen, die auf der Reise von Frankfurt nach Strassburg in Baden-Baden zwischengelandet waren, stürzte am Donnerstag gegen Mittag das Flugzeug G-ADGR, bei einem Rundflug über dem Flughafen Baden-Baden ab. Der Flugzeugführer Highfield aus London erlitt dabei tödliche Verletzungen. Zwei Angehörige der Fliegergruppe Baden-Baden des Deutschen Luftsportverbandes, die er als Gäste mitgenommen hatte, wurden leichter verletzt. Der Unfall ist vermutlich auf einen Bedienungsfehler zurückzuführen.

Die neue englische Regierung

London, 7. Juni. Die seit langem erwartete Umbildung des englischen Kabinetts wurde am Freitag vollzogen. Ministerpräsident MacDonald reichte dem König gegen 16 Uhr sein Rücktrittsgesuch ein, das angenommen wurde. Etwa eine Stunde später wurde der Führer der konservativen Partei, Baldwin, vom König empfangen und mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Da der Plan, die Regierung umzubilden, schon seit Wochen feststand, vermochte Baldwin noch im Laufe des Nachmittags im Buckinghampalast die fertige Kabinettsliste vorzulegen. Gegen 17.30 Uhr erhielten die Minister vom König bereits die neuen Amtsiegel ausgehändigt.

An der bereits mitgeteilten Zusammensetzung der Regierung hat sich wenig geändert. Kriegsminister wurde Lord Halifax, Vordirektorbewahrer Lord Londonderry, Minister ohne Geschäftsbereich (für Angelegenheiten des Völkerbundes) Anthony Eden, Minister ohne Geschäftsbereich Lord Cusack Percy.

Wie aus der Ministerliste hervorgeht, treten fünf neue Männer in das Kabinett ein: Lord Jellicoe, Malcolm MacDonald, Anthony Eden (der bisher ebenfalls keinen Kabinettsrang hatte), Lord Cusack Percy und Ernest Brown (Arbeitsminister).

Aus dem bisherigen Kabinett MacDonald scheiden folgende Persönlichkeiten aus: Lord Sankey, Sir John Gilmour und Sir Hilton Young. Sir Hilton Young ist die Würde eines Peers verfallen worden.

Eben zum italienisch-abyssinischen Streitfall

London, 7. Juni. Am Freitag fand die letzte Sitzung des Unterhauses vor der Pfingstpause statt. MacDonald, der zum letztenmal einer Unterhaus-Sitzung in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident beizuohnte, war ausgezeichnete Stimmung und unterhielt sich angeregt mit dem neben ihm sitzenden Verkehrsminister. Der stellvertretende Führer der Opposition, Major Atlee, war die Frage des italienisch-abyssinischen Streitfalles auf und behandelte die Zwischenfälle im italienisch-abyssinischen Grenzgebiet. Er erinnerte an die Verpflichtungen Englands unter der Völkerbundscharta, die es verböten, einem Angreifer Hilfe zu leisten. In diesem Zusammenhang erwähnte Major Atlee die Frage der Kontrolle des Suezkanals. Der Völkerbund werde völlig zerstört werden, wenn die ihm angehörenden Mächte sich auch in „imperialistische und freibeuterische Unterfangen“ einlassen dürfen. Auch der Abgeordnete Mander, der der liberalen Opposition angehört, bezeichnete die Lage als äußerst ernst. Der konservative Abgeordnete Hamilton Kerr äußerte Besorgnis, daß die in Streife zustandgekommene Solidarität durch das Vorgehen Italiens in Abyssinien gefährdet werden würde. Der konservative Abg. Egon Adams erklärte, es herrsche Einmütigkeit darüber, daß die Anhäufung italienischer Truppen, die in Artikel 10 der Völkerbundscharta umschriebene Gefahr darstelle.

Hierauf nahm Vordirektorbewahrer Eden zu den in der Aussprache aufgeworfenen Fragen eingehend Stellung. Es sei übersehen worden, was der Völkerbund in dieser Angelegenheit bereits geleistet habe. Wenn Major Atlee darauf hingewiesen habe, daß Italien sich nicht verpflichtet habe, nicht zur Anwendung von Gewalt zu schreiten, so sei das völlig unrichtig. Eden zitierte hierzu die zweite der in Genf am 24. Mai angenommenen Entschlüsse. Das Vorhandensein einer nicht festgelegten Grenze sei schon immer eine Quelle von Schwierigkeiten gewesen. Sofort nach dem Zwischenfall von Ualual habe die britische Regierung beiden Parteien ihre Dienste für eine unparteiische und friedliche Regelung der entstandenen Schwierigkeiten angeboten. Weder hätten selbständige Ermächtigungen hierbei eine Rolle gespielt, noch habe sich England von dem Wunsch teilen lassen, sich dem italienischen Einfluß in Abyssinien zu widersetzen. Die Rechte Englands seien vertraglich wohl geschützt und es bestünde kein Grund, warum nicht harmonische und in beiderseitigem Interesse liegende Beziehungen hergestellt werden könnten. Er sage das, weil in der italienischen Presse zu seinem Bedauern viele Beschuldigungen gegen die britische Regierung erhoben worden seien. Großbritannien sei aller möglichen Mischgeschäften zum Nachteil Italiens bezichtigt worden, und England so werde behauptet, habe in seinem eigenen Interesse die abyssinische Regierung sogar ermutigt, eine feindselige Haltung gegen Italien einzunehmen. Diese Geschichte sei ebensolcher Unfug wie die Erzählung, daß koloniale Flughafenplätze in Wirklichkeit verkappte Flughäfen seien. Ebenso phantastisch sei die Unterstellung, daß England seit Jahren an die Möglichkeit der Uebernahme einer Art Protektorat über Abyssinien denke. Eden wiederholte hierauf, das Interesse Englands an einer dauerhaften und in gleicher Weise für Italien und Abyssinien befriedigenden Lösung, die den Verantwortlichkeiten Englands, Frankreichs und Italiens unter dem Dreier-Vertrag von 1906 Rechnung trage. In diesem Vertrag hätten die drei Länder vereinbart, im Interesse der Aufrechterhaltung der politischen und gebietsmäßigen Integrität Abyssiniens zusammenzuarbeiten. Das sei eine Regelung, die im Rahmen der Völkerbundscharta, des Kellogg-Paktes und des italienisch-abyssinischen Freundschaftsvertrages von 1928 liege. Der Schlichtungsausschuß, auf den man sich in Genf geeinigt habe, sei getrennt zum erstenmal in Mailand zusammengetreten. Das Ergebnis der Beratungen müsse abgewartet werden. Die Aussprache über Abyssinien war damit zu Ende.

Italienisch-abyssinische Schlichtungsverhandlungen

Rom, 7. Juni. Die Vorbereitungen des von Italien und Abyssinien eingesetzten Schlichtungsausschusses in Mailand werden — gutem Vernehmen nach — bereits am Freitag nachmittags abgeschlossen. Wie von unterrichteter italienischer Seite verlautet, wird in der Schlichtung als Tagungsort für die eigentlichen Verhandlungen, die am 25. Juni eröffnet werden, Schenningen in Holland bestimmt. Im Ausschuß besteht Einvernehmen darüber, daß er sich lediglich mit der Regelung der Grenzzwischenfälle zu befassen hat; womit dem italienischen Standpunkt Rechnung getragen wird. Von italienischer Seite wird Wert darauf gelegt, zu erklären, daß Italien nach Beilegung der Grenzzwischenfälle bereit sei, auch die grundsätzlichen Fragen der Grenzziehung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des zwischen Italien und Abyssinien abgeschlossenen Vertrages von 1928 und auf dem Wege direkter Verhandlungen zu lösen. Die Aussichten dafür haben sich nach hiesiger Auffassung freilich durch die letzte Entwicklung der Angelegenheit immer ungünstiger gestaltet.

Schweizer Nationalrat lehnt Olympia-Beitrag ab

Basel, 7. Juni. Der Schweizer Nationalrat, der den Staatshaushalt verabschiedete, lehnte auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages mit 82 gegen 57 Stimmen den Bundesbeitrag für die Berliner Olympiade in Höhe von 36 000 Franken ab. Bundespräsident Minger bemühte sich wiederholt, die Ablehnung zu verhindern. Zusammen mit den Sozialdemokraten stimmten verschiedene Vertreter der Landwirtschaft gegen den Beitrag.

Die „Basler Nachrichten“ nennen diese Ablehnung einen feindlichen Entschluß und geben der Hoffnung Ausdruck, daß nicht auch der Ständerat zu einem ablehnenden Beschluß gelange. Wörtlich schreibt das Blatt: „Unbegreiflich, wie sich zahlreiche bürgerliche Vertreter durch die Spiegelschere der Sozialdemokraten und die unlogischen Gründe der eingeschworenen Sportgegner verblüffen ließen. Politische Demonstrationen gegen den lediglich organisierenden Staat (Deutschland), inkonsequente Parallelen (Verzicht auf Los Angeles), unhaltbare Gehässigkeit haben eine gute Sache — hoffentlich nur vorläufig — zu Fall gebracht. Damit dürften auch Lausanne und St. Moritz ihre Hoffnungen auf Zuteilung einer künftigen Olympiade ruhig begraben.“

Die Verweigerung der Olympischen Kredite durch den Schweizer Nationalrat hat auch in der Westschweiz großes Aufsehen erregt. Die „Gazette de Lausanne“ spricht von einem kindischen Spiel der Sozialdemokraten und erklärt, die Schweiz hätte allen Grund gehabt, die an sie ergangene Einladung gütiglich anzunehmen. Das Arbeitsleben ohne dringenden Grund sei eine schlechte Politik. Der Nationalrat habe mit der Kreditverweigerung ein deutliches Zeugnis seines Mangels an politischem Sinn gegeben. Der Ständerat werde diese Ungleichsichtigkeit korrigieren können, doch werde sie wohl nicht aus der Welt zu schaffen sein. Ebenso entschieden rückt die in Genf erscheinende vielgelesene „Suisse“ von dem Berner Beschluß ab.

Lozales

Wittbad, den 8. Juni 1935.

Besondere Züge für den Pfingstverkehr. Für den gesteigerten Pfingstverkehr werden nachstehende Personenzüge gefahren: Sonntag, 9. Juni 1935: Pforzheim ab 7.43 Uhr, Wittbad ab 8.17 Uhr; Wittbad ab 22.32 Uhr, Pforzheim an 23.12 Uhr. Montag, den 10. Juni 1935: Wittbad ab 17.16 Uhr, Pforzheim an 17.58 Uhr; Wittbad ab 18.35 Uhr, Pforzheim an 19.12 Uhr, (hält in Rottenbach, Neuenbürg Station, Engelsbrand, nicht an); Wittbad ab 22.32 Uhr, Pforzheim an 23.12 Uhr. Außerdem verkehren am Samstag, Sonntag und Montag, den 8. bis 10. 6. die Verwaltungs- und Züge mit 50 Prozent Ermäßigung von Stuttgart nach Wittbad und zurück, Fahrpreis RM. 3.30. Samstag, 8. Juni, 1935: Stuttgart ab 18.25, Wittbad an 14.54; Wittbad ab 18.49, Stuttgart an 20.21. Sonntag, den 9. Juni und Montag, den 10. 6.: Stuttgart ab 6.45, Wittbad an 8.30; Wittbad ab 18.49, Stuttgart an 20.41 Uhr.

Verbesserung des Spätabendverkehrs Wittbad-Pforzheim durch die Reichsbahn. Um den Bewohnern von Pforzheim und des Enztals insbesondere an den Wochenenden von Freitag bis Montag Gelegenheit zu geben, an den gesellschaftlichen und musikalischen Veranstaltungen der Stadt, Badverwaltung teilnehmen zu können, führt die Reichsbahn Freitags, Sonnabends und Montags von 14. 6. bis 31. 8. einen Zug Wittbad ab 22.53 Uhr, Pforzheim an 23.37 Uhr. Außerdem verkehrt der ab 1. Juli regelmäßig verkehrende Sonntagszug Wittbad ab 22.32 Uhr, Pforzheim an 23.12 Uhr (schon von Pfingstsonntag an). Dieser Zug wartet auf Theaterabschluss 15 Minuten. Die Reichsbahn hat dadurch der Bedeutung, die der Fremdenverkehr wirtschaftlich für Wittbad hat, durch diese Spätabendverbindungen nach Pforzheim über die Hauptbadezeit weitgehend Rechnung getragen.

Landeskurtheater. Es wird sicher von allen Kurgästen freudig begrüßt werden, daß das Kurtheater die Spielzeit eröffnet hat. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Eröffnungsvorstellung „Großreinemachen“ kommt heute Abend ein entzückendes Lustspiel „Ein tolles Mädel“ von H. Sturm und M. Färber zur Aufführung. Es ist so das richtige Stück für das Badepublikum, das sich während der Kurzeit entspannen und herzlich lachen will. — Pfingstmontag abend ebenfalls ein reizendes Lustspiel „Mara tippt richtig“ von M. Reimann, ein Stück voll witziger und hübscher Einfälle. — Die Vorstellungen beginnen jeweils abends 8 1/4 Uhr. Ende bei beiden Stücken 10.30 Uhr. — Die Kurgäste erhalten auf den Logen und 1. Parterreplätzen rund 20 Prozent Ermäßigung. — Vorbestellungen werden in den beiden Buchhandlungen Biernow entgegengenommen, außerdem ist die Kasse im Kurtheater vormittags und nachmittags geöffnet. — Dienstag ist das Theater geschlossen. Nächste Vorstellung am Mittwoch, den 12. Juni mit der erfolgreichen Komödie des bekannten Hinrichs „Wenn der Hahn kräht“.

Württemberg

Stuttgart, 7. Juni. (Von der Allgem. Ortskrankenkasse.) Der durchschnittliche Mitglieder- und Krankenstand in der Berichtswoche vom 27. Mai bis 1. Juni 1935 belief sich auf 165 693 Mitglieder und 5766 Kranke, was einem Verhältnis von 3,47 Prozent gleichkommt.

Bundesbanner der D.T. Oberbürgermeister Dr. Strölin nimmt auf Einladung des Reichssportführers von Tschammer und Osten an der über Pfingsten stattfindenden 75-Jahr-Feier der Deutschen Turnerschaft in Coburg teil. Er wird dabei das Bundesbanner der Deutschen Turnerschaft für die Dauer der 75-Jahr-Feier in die Obhut der Stadt Coburg übergeben.

Zwei Unfälle. Am Donnerstag abend ereignete sich in der Schmiedenerstraße ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Lastwagen. Der Radfahrer wurde dabei an den Randstein geschleudert und mußte mit einem Knöchelbruch und sonstigen Verletzungen in das Krankenhaus gebracht werden. Kurze Zeit später kam es an der gleichen Stelle zu einem Zusammenstoß. Ein Radfahrer hatte offenbar die genügende Vorsicht außer acht gelassen und wurde von einem Personenzug erfasst. Dabei wurde er auf die Windschutzscheibe und von da in den Straßengraben geschleudert. Er war sofort tot. Der Beifahrer im Auto wurde schwer verletzt.

Vom Dach gestürzt. Bei Dacharbeiten verunglückte am Donnerstag ein 30 Jahre alter Flaschnermeister, der in der Röllestraße etwa 7—8 Meter hoch abstürzte. Der Zustand des Verunglückten ist ernst.

Feuerbach, 6. Juni. (Betriebsunfall.) In der Südb. Kühlturfabrik ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Eine hier wohnhafte verheiratete Arbeiterin brachte beide Hände in die Stanzmaschine, wobei ihr vier Finger der linken Hand und zwei Finger der rechten Hand abgeklagen wurden.

Tübingen, 7. Juni. (Akademische Ernennung.) Prof. Dr. Wilhelm Schlenk, bisher Ordinarius für Chemie, besonders technische Chemie, an der Universität Berlin hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Tübingen angenommen und ist zum Ordinarius für technische Chemie an der Tübinger Universität ernannt worden.

Oberöbblingen, O.A. Gmünd, 7. Juni. (Leichenfund.) Donnerstag wurde im Freibad eine weibliche Leiche gefunden. Es liegt zweifellos Selbstmord vor.

Adelbach, O.A. Gaildorf, 7. Juni. (Feststellung der Brandursache.) Die Ursache des kürzlichen Brandes im Breitschwerdt'schen Anwesen ist auf Zündeln von kleinen Kindern zurückzuführen. Die kleinen Kinder haben sich Streichhölzer zu verschaffen gewußt und auf der Bühne ein Feuerle gemacht.

Freudenstadt, 7. Juni. (An die Wand gedrückt.) Donnerstag früh führte in Nach die Frau des Wilhelm Haug in Begleitung ihres Schwiegervaters, des Jarrenwärters Haug, einen Jarren in seinen Stand zurück. Beim Festmachen der Ketten drückte der Jarren die Frau gegen den Futterladen. Den Männern gelang es schließlich, die Frau zu befreien, die nach einer halben Stunde aber doch ihren schweren Verletzungen erlag.

Weingarten, 7. Juni. (20 Prozent Umlage.) Die Gesamteinnahmen des Stadt. Haushalts betragen 390 000 RM., die Ausgaben 612 380 RM. Der Abmangel in Höhe von 222 380 RM. (i. H. 243 000) soll u. a. durch eine Umlage in Höhe von 20 Prozent abgedeckt werden.

Ellwangen, 4. Juni. (Urteil gegen Präjekt Flaig rechtskräftig.) Das von der Großen Strafkammer des Landesgerichts Ellwangen gefällte Urteil gegen

den Präsekte Klüg ist bereits rechtskräftig geworden, da sowohl der Angeklagte als auch die Staatsanwaltschaft auf eine Revision verzichtet haben.

Ottendorf, O. A. Gaildorf, 4. Juni (Brand.) In dem zur Gemeinde Ottendorf gehörenden Adelbach brach im landwirtschaftlichen Anwesen des Baldararbeiters Wilhelm Brechtler Feuer aus. Da der Besitzer schon im Wald und die Frau auf dem Feld war, ist das Feuer erst spät bemerkt worden, so daß an eine Rettung nicht mehr zu denken war. Das Vieh konnte noch rechtzeitig herausgebracht werden.

Aus dem Gerichtssaal

Sicherungsverwahrung einer alten Taschendiebin

Stuttgart, 7. Juni. Das Schöffengericht verurteilte die aus Hamburg gebürtige 54 Jahre alte Pauline Haas wegen eines fortgesetzten Verbrechens des Rückfalldiebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus, nach deren Verbüßung die Angeklagte in Sicherungsverwahrung genommen wird. 15mal wegen Diebstahls vorbestraft, war die Angeklagte in den letzten 20 Jahren nur noch vorübergehend auf freiem Fuß gewesen, da sie stets sofort wieder rückfällig wurde. Zahlreiche Gefängnis- und Zuchthausstrafen hatten nicht vermocht, die Angeklagte von ihrem krankhaften Stehtrieb abzuhalten, der sich in früheren Jahren in Gelegenheitsdiebstählen verschiedener Art offenbarte, später jedoch sich zum planmäßigen Ausrauben von Diebesbeute entwickelte. Namentlich als Taschendiebin in Warenhäusern trieb die Angeklagte ihr Unwesen, und drei solcher Diebstähle waren es auch, die den letzten Anstoß zur Anordnung der Sicherungsverwahrung gaben. Beim letzten wurde sie erwischt, als sie einer als Kundin getarnten Verkäuferin den Geldbeutel aus dem Marktneß stahl, wobei sie von einem Detektiv des Hauses und dem Hausmeister heimlich beobachtet wurde.

Ein unehelicher Sachwalter

Stuttgart, 7. Juni. Der 34 Jahre alte verheiratete Karl Bischer von Dortmund hatte es verstanden, sich in das Vertrauen einer alten Dame, der Witwe eines belgischen Offiziers, einzuschleichen, die bei ihrer in Stuttgart wohnhaften Schwester Wohnung von einem Zuhälter suchte. Der bei der Schwester als Untermiete wohnende Bischer benützte den belgischen Franken-

furt dazu, um der Witwe 40 000 belgische Franken herauszuholen, die er ihr in deutsches Geld umzuwechseln zu lassen versprach, da sonst der ganze Betrag angeblich verloren sei. Von dem umgewechselten Geld zahlte er der Witwe jedoch nur den Erlös für 5000 Franken aus; den ganzen Rest verjubelte er in knapp zwei Monaten in Weibergesellschaft auf Reisen in Frankreich, Italien und der Schweiz, wo er festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert wurde. Das Schöffengericht verurteilte den ungetreuen Sachwalter, der bisher noch keine gerichtliche Strafe erlitten hat, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis und 500 RM. Geldstrafe.

Todesurteil gegen Raubmörder

Ulm, 7. Juni. In der Verhandlung des Schwurgericht wurde der 27 Jahre alte ledige, vielfach vorbestrafte Bruno Weishaupt, geboren in Neutal, wohnhaft in Erisdorf, Kreis Niedlingen, zum Tode verurteilt. In der Nacht vom 9. zum 10. Februar 1935 sah die Angeklagte den Entschluß, sich durch einen Diebstahl Geld zu verschaffen. Er begab sich deshalb zu dem außerhalb Erisdorf gelegenen Haus der 72 Jahre alten, alleinstehenden, ledigen Krezentia König. Dort stieg er im Erdgeschoss ein Fenster ein und krieg in die Wohnstube. Der Angeklagte war dabei von vornherein entschlossen, die König aus dem Leben zu schaffen, falls sie aufwachen und ihn erkennen würde. Während er die Wohnstube nach Geld durchsuchte, hörte er, daß Frau König in ihrer Schlafstube Licht machte. Er bewaffnete sich nun zunächst mit einem Brotmesser, das er in der Tischschublade vorgefunden hatte, und öffnete dann die Tür zur Schlafstube. Als er wahrnahm, daß Frau König ausgerichtet im Bett lag, stürzte er sich auf sie und drückte ihr den Hals zu. Er rierte dabei auf sein Opfer und fühlte gelegentlich nach dem Puls der rechten Hand der armen Frau, um festzustellen, ob der Tod noch nicht eingetreten sei. Schließlich verlegte er der Ermordeten noch einige wuchtige Tritte mit dem bestieltesten Fuß ins Gesicht. Außerdem hat Weishaupt der Leiche noch den Leib aufgeschlitzt. Er durchsuchte dann die Wohnung weiter und nahm etwa 20 RM. Bargeld und vier bis fünf Schachteln Zigaretten an sich. Darauf verließ er die Wohnung und schloß die Fensterläden wieder, „damit man nicht so rasch dahinterkomme“. Die Sachverständigen halten den Angeklagten nicht für geistestraf, sondern voll verantwortlich für seine Tat. Weishaupt sprach während der Verhandlung kaum ein Wort und verzog auch keine Miene, als der Vorsitzende das Todesurteil verkündete.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

„Graf Zeppelin“ kehrt heim. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete am Freitag früh in Pernambuco. In der Nacht zum Samstag erfolgte der Start zur Rückfahrt nach Friedrichshafen.

Drei Todesopfer eines Betriebsunfalles. Auf dem Gelände einer Zettfabrik in Braze (Oldenburg) ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall, der drei Todesopfer forderte. In 15 Meter Höhe waren sechs Arbeiter mit Nietarbeiten beschäftigt, als plötzlich eine Stahltrappe riss. Während es zwei Arbeitern gelang, sich im letzten Augenblick noch festzuklammern, stürzten vier von ihnen in die Tiefe. Drei der Verunglückten starben kurze Zeit darauf.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Amberg verurteilte den 24jährigen ledigen Ludwig Weber wegen dreifachen Mordes in Tateinheit mit dreifachem Raube dreimal zum Tode. Weber hatte am 31. März 08. 09. seine 44jährige Cousine Maria Weber, ihren 17jährigen Sohn Richard und seine 79jährige Tante in ihrem Hause in Daberg in gemeinsamer Weise ermordet.

Mord nach 12 Jahren aufgeklärt. 12 Jahre nach der Tat hat jetzt ein Gattenmord seine Aufklärung gefunden, dem in Fraundorf bei Mitterkirchen der Gastwirt Boringner zum Opfer gefallen war. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß er durch seine Ehefrau vergiftet worden war.

Separatistische Blutaten in Katalonien. Nach den verschiedenen blutigen Weiberfällen, die in den letzten Tagen von separatistischen und marxistischen Elementen in Katalonien unternommen wurden, wird jetzt aus Barcelona gemeldet, daß sich dort in der letzten Nacht wieder ein Feuerüberfall separatistischer und linksgerichteter Elemente ereignete, die von zwei Kraftwagen aus einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen beschossen. Dabei wurden eine Frau getötet und der Wagenführer, sowie eine weitere Person und ein Polizeibeamter lebensgefährlich verletzt.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, 11000 der Stadtbl. 11. Schwarzweiss (Tages-Druck). 20. 5. 35 750. Zur Zeit ist Spezialrate Nr. 2 gültig.

Spezialverkauf
VON
ELBEO
Damenstrümpfen
Moderner
Damenwäsche
Herrenartikeln
Schöllhammer
Wilhelmstr. 13 Tel. 568
Pflingstmontag
von 1-6 Uhr geöffnet

Persil macht's ja so leicht
Wenn man sagt: „An der Wäsche erkennt man die Hausfrau“, so bin ich um ein Urteil nicht bang.
Meiner Wäsche sieht man es an, daß sie mit Persil - und, was noch mehr heißt, richtig mit Persil gewaschen ist.



Persil bleibt Persil

Kl. Glaskästchen
m. Schiebt. gesucht
Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Ev. Kirchenchor.
Heute-abend 8.30 Uhr
Singstunde
in der Kirche.

Bin unter
Nr. 598
an das Fernsprechnetz
angeschlossen.
Bäckermeister Ziesle.

Vertreter
mögl. aus Zweck-
spart. ges. Auch
Rechenstättchen-
anfert. zur stillen
Mittelsch.

WePeGe
Stuttgart
Blumenstraße 40.



Der Libelle-Laufmotor
Der moderne
Gesundheits-Schuh
gegen Fußmüdigkeit
und Fußschmerz

Schuhhaus Wilh. Treiber
Ludwig-Seeger-Straße 17, hinter Hotel Klumpp

Die Geschichte von der fröhlichen Familie:

Natürlich wohnt sie heute anders als noch vor wenigen Jahren: zweckmäßiger, Raum- und Hausarbeit sparender, einfacher, im freundlich heiteren Eigenheim, dessen sämtliche Möbel von „Trefzger“ stammen. Was könnte auch reizvoller sein, als Fröhlichkeit diese behagliche Wohnlichkeit zu genießen....

Fortschreibung folgt

Möbelfabrik und Einrichtungshaus Gebr. Trefzger Pforzheim 19 Schlossberg 19




Der schönste Tagesanfang

mergens nüchtern ein Glas von einem der berühmten Diener der Gesundheit

**Teinacher Hirschquelle und Sprudel
Innauer Apollo-Sprudel**

macht und hält gesund und frisch.

Überall zu haben

Vertreter in:
Wildbad: Carl Tubach sen., Mineralwasser-Vertr., Tel. 262
Calmbach: Fritz Wurster, Mineralwasserhdlg., Tel. 483 Wildbad

Einzug
der am 10. Juni 1935 fälligen
Einkommensteuer-Rate
am Dienstag den 11. und Mittwoch den 12. Juni 1935,
im Rathaus Zimmer Nr. 4, je zu den üblichen Geschäftszeiten.
Bürgermeisteramt.

KAUFHAUS SCHOCKEN

RESTE

auf
Extra-
Tischen
im
Erd-
geschosß

einfarbige
buntgewebe und
bedruckte
Waschstoffe
einfarbige Woll-
Seiden- und
Kunstseidenstoffe
bedruckte
Hochsummerstoffe
Marocain
Georgette

Evangelischer Gottesdienst.
Pflingstfest, den 9. Juni 1935.
9 1/2 Uhr Predigt (Lekt: Joh. 14, 15-21; Lied 238),
Stadtpfarrer Dauber.
Feier des hl. Abendmahls mit eingef. Beichte.
11 1/4 Uhr Kindergottesdienst.
8 Uhr Abendgottesdienst, Stadtpfarrer Hahn.
Das Opfer ist für bedürftige evang. Kirchengemeinden
bestimmt.
Pflingstmontag, den 10. Juni 1935.
9 1/2 Uhr Predigt, Stadtpfarrer Hahn.
Donnerstag, den 13. Juni 1935.
4 Uhr Bibelstunde im Katharinentstift.
In Sprollenhau.

Katholischer Gottesdienst.
Pflingstsonntag, den 9. Juni 1935.
7 und 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Hochamt,
mit sakramentalem Schlüsselgen, Abends 6 Uhr feierliche
Besser.
Pflingstmontag, den 10. Juni 1935.
7 u. 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt, Amt u. Andacht.
Wertags: 7 Uhr hl. Messe.
Beichte: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag und
Feiertag in der Früh, Wertags vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonntag und Wertags vor und während der
hl. Messe und des Amtes.

Weit über 150 000

Bruchleidende

tragen das seit mehr als
20 Jahren erprobte
Spranzband
S.R.D. 542187
aus Gummiband, ohne
oder, ohne Schenkel-
riemen, trotzdem un-
bedingt zuverlässig.
Mein Vertreter: Dr. Kossel,
10a Zähringerstr. (nach 10
Touren und Kinover) in



am Mittwoch, den 12. Juni 1935
Höfen, Gasthof Ochsen, 11-12 Uhr
Neuenburg, Hotel Bören, 2-4 Uhr

Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Herman Spranz, Unterkochen
(Württemberg)

Dankschreiben: Trage Ihr Spranzband seit
1 Jahr und kann ich jedem Bruch-
leidenden empfehlen. Ich habe es als
wahre Wohlfahrt empfunden.
Bartenstein, 15. Mai 1935.
Frau Renner, z. „Grünen Baum“

**Die beste Reklame ist und bleibt
das Zeitungs-Inserat**

Sämtliche Druckarbeiten
liefert schnell und preiswert die Tagblatt-Druckerei